Der Grosse Rat
des Kantons Graubünden

Il Cussegl grond
dal chantun Grischun

Il Gran Consiglio
del Cantone dei Grigioni

Fragestunde Oktobersession 2026

Müller betreffend Olympische und Paralympische Winterspiele 2038

Der Nationalrat hat in der Herbstsession dem Bundesbeschluss über die Unterstützung der Kandidatur, Vorbereitung und Durchführung der Olympischen und Paralympischen Winterspiele 2038 zugestimmt. Vorgesehen ist ein Bundesbeitrag von maximal 200 Millionen Franken, unter der Voraussetzung, dass sich die Kantone und Gemeinden gemeinsam mit mindestens demselben Betrag beteiligen. Gleichzeitig hat der Nationalrat entschieden, den Bundesbeschluss nicht dem fakultativen Referendum zu unterstellen.
Der Bundesbeschluss sieht ausdrücklich vor, dass der Bund keine Haftung für allfällige Defizite übernimmt. Gleichzeitig ist eine privat finanzierte Defizitgarantie von 200 Millionen Franken vorgesehen. Die Deckung höherer Defizite ist nicht geklärt.
Die Bündner Stimmbevölkerung hat sich bereits zweimal gegen konkrete Olympiaprojekte ausgesprochen: 2013 wurde die Vorlage betreffend Olympische Winterspiele 2022 mit 52,7 Prozent Nein-Stimmen abgelehnt; 2017 lehnte sie den Verpflichtungskredit für eine Kandidatur für die Olympischen und Paralympischen Winterspiele 2026 mit 60,1 Prozent Nein-Stimmen ab.
In diesem Zusammenhang bitte ich die Regierung um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie beurteilt die Regierung die Notwendigkeit einer demokratischen Legitimation für eine Beteiligung Graubündens an den Olympischen und Paralympischen Winterspielen 2038?
2. Ist die Regierung bereit sicherzustellen, dass ein finanzieller Beitrag des Kantons Graubünden an die Kandidatur, Vorbereitung oder Durchführung der Olympischen und Paralympischen Winterspiele 2038 dem Volk zur Abstimmung unterbreitet werden kann?
3. Wer trägt nach Kenntnis der Regierung ein allfälliges Defizit, das die privat finanzierte Defizitgarantie übersteigt?

Grossrätin Julia Müller, Felsberg

9. Oktober 2026